

Flugplätze rüsten auf

Magdeburg (rr) • Die Betriebsgesellschaft des Magdeburger Flugplatzes wirbt für einen Ausbau und verweist auf eine Reihe von deutschen Landeplätzen, die wegen sich verschärfender Vorschriften erweitert worden seien. Dazu zählt der trotz seiner Nähe zum Flughafen Hannover gerade für rund 38 Millionen Euro ausgebaute Flughafen Braunschweig-Wolfsburg.

Die Ausgangslage ist hier allerdings schwerlich vergleichbar: „Bei uns gab es mehrere Gründe“, erklärte Pressesprecher Ernst-Johann Zauner im Volksstimmengespräch. „Der Ausbau war notwendig, da wir eine Betriebsgenehmigung als Verkehrsflughafen haben und die Anforderungen der internationalen Luftverkehrsvorschriften erfüllen müssen. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall.“ Die längere Start- und Landebahn biete ein deutliches Plus an Verkehrssicherheit: „Das war auch eine Voraussetzung dafür, dass das Deutsche Forschungszentrum für Luft- und Raumfahrt mit seinem neuen Forschungsflugzeug ATRA, einem Airbus A 320, an seinem hiesigen Standort Hochauftriebsforschung zur Erforschung treibstoffeffizienter Technologien betreiben kann.“ Dafür nahm die Betreibergesellschaft jahrelange Proteste und Gerichtsverfahren in Kauf. Auf Charter- und vor allem Linienflüge habe es Braunschweig-Wolfsburg trotzdem nicht abgesehen. Denn, so Zauner, „das kann Hannover besser“. Auch die Chefs der Magdeburger Betriebsgesellschaft sagen: Selbst mit einer verlängerten Landebahn sei hier künftig „ein Linien- und Charterflugverkehr mit Verkehrsflugzeugen ausgeschlossen“.

Auf strengere Vorschriften für Geschäfts- und Privatflugverkehr hatten sich in der Tat ausdrücklich die Betreiber des Flugplatzes Speyer (Rheinland-Pfalz) berufen. 2011 wurde dort die um rund 450 Meter auf 1677 Meter verlängerte Landebahn fertiggestellt, begleitet durch massive Proteste u. a. von einer Bürgerinitiative.



Die Landebahn des Flugplatzes ist 1000 Meter lang und endet kurz vor der B 71 (unten links). Bei einem Ausbau müsste die Straße weichen.

Foto: Flugdienst Magdeburg

„Jetzt geht das alte Theater wieder los“

Bürgerinitiative erbot über neuen Vorstoß zum Flugplatzausbau / Minister: Kein Geld vom Land

Verkehrsminister Thomas Webel (CDU) hat Zuschüsse des Landes für einen Ausbau des Magdeburger Flugplatzes ausgeschlossen. Hintergrund: Betreiber und Ausbaubefürworter im Stadtrat wollen die vor Jahren verworfene Landebahnverlängerung doch noch durchsetzen. Die gegnerische Bürgerinitiative ist alarmiert.

Von Robert Richter
Beyendorfer Grund • Mit einem jüngst im Stadtrat verabschiedeten Prüfauftrag ist er plötzlich wieder ein Thema: der vor Jahren ad acta gelegte Ausbau der Landebahn von 1000 auf 1800 Meter mit Umverlegung der B 71. Die Ämter sollen untersuchen, ob der Ausbau notwendig, wenn ja, unter welchen Rahmenbedingungen er umsetzbar ist und ob dafür Fördermittel aufzutreiben wären. Beim Land braucht die Stadt aber wegen Fördergeldern nach den Worten des Verkehrsministers nicht anzuklopfen. „Die Koalitionspartner waren sich einig, das Projekt ideal zu unterstützen,



So berichtete die Volksstimme am 8. September.

jedoch keine finanziellen Mittel vom Land zur Verfügung zu stellen“, sagte Thomas Webel auf Volksstimme-Nachfrage zu entsprechenden Aussagen im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Landesregierung.

2004 hatte die damalige CDU/FDP-Regierung und FDP zugunsten des 35 Kilometer entfernten Regionalflughafens Cochstedt eine Förderung für Magdeburg-Süd abgesagt und dessen Ausbau zum Scheitern gebracht. Das Ministerium sieht aktuell keinen Grund, davon abzurücken: Fördermittel seien Projekten vorbehalten, „die einen nachweisbaren verkehrlichen und wirtschaftlichen Nutzen gewährleisten. Ein solcher ist am Flugplatz Magdeburg-Süd – zumindest

derzeit – nicht erkennbar“, sagte Webelns Sprecher Bernd Kaufholz. Die alten Berechnungen gingen von rund 26 Millionen Mark für die Landebahnverlängerung und rund sechs Millionen Mark für die Umverlegung der B 71 aus.

Die Flugplatz Magdeburg Betriebsgesellschaft (FMB) sieht jedoch ohne Ausbau den Status quo als Geschäftsflughafen in Gefahr. Durch schärfere europäische Richtlinien und die geplante Vorschrift EASA-OPS, die im Jahr 2013/14 greifen soll, könne „der qualifizierte Werksflugverkehr in Magdeburg-City nicht mehr landen“; der Geschäftsflugverkehr werde „nur noch sehr eingeschränkt möglich sein“, erklärten die FMB-Chefs Hen-



„Die Koalitionspartner waren sich einig, das Projekt ideal zu unterstützen, jedoch keine Fördermittel vom Land zur Verfügung zu stellen.“

Verkehrsminister Thomas Webel

ner Dörnenburg und Heinz Mürke. Von den laut FMB jährlich rund 34 000 Flugbewegungen entfallen etwa 3000 auf Geschäftsflüge. Sie verweisen zudem auf eine Reihe von deutschen Landeplätzen, die wegen der sich verschärfenden Vorschriften erweitert worden seien (s. Beitrag rechts).

Die Bürgerinitiative (BI) Alternative Flugplatz Magdeburg-Süd ist wieder in Alarmbereitschaft versetzt. „Jetzt geht das alte Theater wieder los! Die alten Totschlagargumente wie vor 18 Jahren: ‚Wirtschaftsstandort Magdeburg ist gefährdet‘, ‚Die Vorschrift JAR-OPS, heute EASA-OPS, macht den Ausbau zwingend erforderlich‘ und so weiter“, schimpfte der

Vereinsvorsitzende Wolfgang Richter. Er behauptet: „Es ist doch kaum ein hier landendes Flugzeug betroffen! Und wenn doch – dann nimmt man eben ein anderes, das hier landen darf. Das passiert auf allen Flughäfen dieser Welt.“

Die Argumente der Ausbaubefürworter hält Richter für überzogen: „Selbst wenn künftig manche Flugzeuge in Magdeburg nicht mehr landen dürfen, was noch nachzuweisen ist, was hindert diese daran, auf dem Flughafen Magdeburg-Cochstedt zu landen? Wie viele Millionen Steuergelder sollen noch im Bördeboden vergraben werden, um die Großmannssucht und Träume des Einzelnen zu befriedigen?“

Im Gegensatz zur FMB und zu den Ausbaubefürwortern im Stadtrat hält die BI den im Jahr 2000 vom Landesverwaltungsamt getroffenen Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau für verjährt. Dies könne die BI mit einem Gutachten belegen, das notfalls vor Gericht verwendet werden soll, kündigte BI-Chef Richter bereits an. Das Verwaltungsamt prüft derzeit nach Auskunft der Pressestelle, welchen Status der Planfeststellungsbeschluss aus seiner Sicht derzeit hat.